

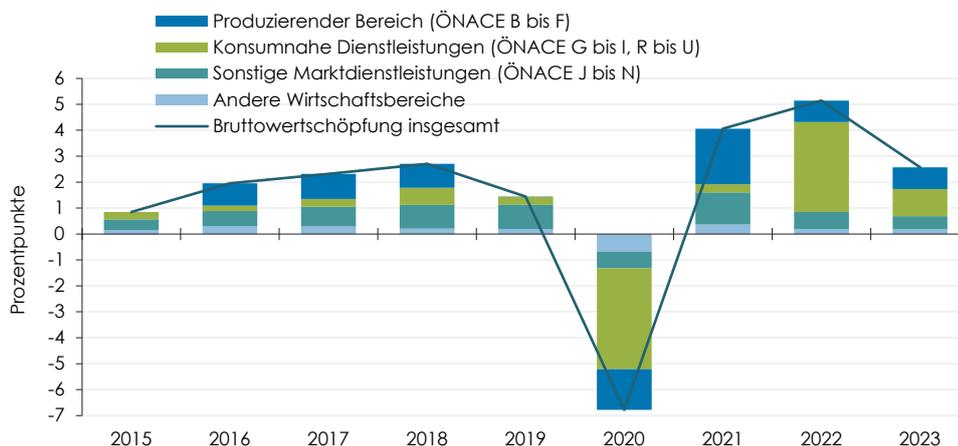
Neuerlicher Lockdown verzögert Konjunkturerholung in Österreich

Prognose für 2021 bis 2023

Stefan Ederer, Stefan Schiman

- Regional unterschiedliche Verläufe der COVID-19-Pandemie, Lieferengpässe und hohe Rohstoffpreise bremsen 2021 die weltweite Konjunkturerholung. Die Hemmnisse lösen sich 2022 allmählich auf. Die Weltwirtschaft wird auch 2022 und 2023 kräftig wachsen.
- Die österreichische Wirtschaft erholte sich im Frühjahr und Sommer 2021 rasch. Im IV. Quartal dürfte das BIP jedoch wegen des Lockdown deutlich zurückgehen.
- Im Frühjahr 2022 dürfte sich die Konjunktur schnell erholen, während die Lieferengpässe schrittweise aufgelöst werden. Das BIP wächst 2022 kräftig. 2023 schwenkt die heimische Wirtschaft auf einen moderaten Wachstumskurs ein.
- Der Arbeitsmarkt entwickelt sich auch im Prognosezeitraum günstig. Die Arbeitslosenquote sinkt 2022 unter ihr Vorkrisenniveau.
- Die Inflation bleibt auch 2022 hoch. 2023 dämpft das Nachlassen der Rohstoffpreise deutlich den Preisauftrieb.

Wachstumsbeitrag der Wirtschaftsbereiche zur Bruttowertschöpfung, real



"2022 werden jene Bereiche kräftig wachsen, die 2021 von den behördlichen Einschränkungen betroffen waren, insbesondere der Handel, die Beherbergung und Gastronomie sowie andere konsumnahe Dienstleistungen. Der Aufschwung in der Industrie wird sich zwar fortsetzen, da sich die Lieferengpässe allmählich auflösen. Das Aufholpotential ist hier aber bereits ausgeschöpft."

Der Wachstumsbeitrag der konsumnahen Dienstleistungen (Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie, sonstige Dienstleistungen) ist 2022 hoch, da sich diese Bereiche nach der Aufhebung der COVID-19-Einschränkungen rasch erholen werden. Der Aufschwung in der Industrie hält an, es ist hier jedoch kaum mehr Aufholpotential vorhanden (Q: WIFO, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose).

Neuerlicher Lockdown verzögert Konjunkturerholung in Österreich

Prognose für 2021 bis 2023

Stefan Ederer, Stefan Schiman

Neuerlicher Lockdown verzögert Konjunkturerholung in Österreich. Prognose für 2021 bis 2023

Die kräftige Konjunkturerholung in Österreich im Frühjahr und Sommer 2021 wird im 2. Halbjahr durch den neuerlichen Lockdown, anhaltende Lieferengpässe und hohe Rohstoffpreise gebremst. 2022 dürfte sich die Wirtschaft nach der Aufhebung der Einschränkungen rasch wieder erholen. Aufgrund der schrittweisen Auflösung der Hemmnisse wird für das Gesamtjahr 2022 ein kräftiges Wachstum erwartet. 2023 schwenkt die österreichische Wirtschaft dann auf einen moderaten Wachstumskurs ein. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich im Prognosezeitraum günstig. Die Inflation wird auch 2022 hoch bleiben.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 13. 12. 2021

Kontakt: Stefan Ederer (stefan.ederer@wifo.ac.at)

New Lockdown Delays Economic Recovery in Austria. Economic Outlook for 2021 to 2023

The strong economic recovery in Austria in spring and summer 2021 is slowing down in the second half due to the renewed lockdown, persistent supply bottlenecks and high commodity prices. In 2022, the economy should recover quickly after the restrictions are lifted. Strong growth is expected for 2022 as a whole due to the gradual unwinding of the barriers. In 2023, the Austrian economy then swings to a moderate growth path. The labour market develops favourably in the forecast period. Inflation will remain high in 2022.

Die österreichische Wirtschaft wächst 2021 kräftig. Die neuerlichen behördlichen Einschränkungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie, anhaltende Lieferengpässe und hohe Rohstoffpreise dämpfen in der zweiten Jahreshälfte jedoch die Erholung. Im IV. Quartal wird das BIP voraussichtlich schrumpfen.

Der Aufschwung dürfte sich dennoch 2022 fortsetzen. Wie schon in vergangenen Öffnungsphasen werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte nach Aufhebung der Einschränkungen kräftig zunehmen. Auch die Lieferengpässe dürften sich im Jahresverlauf 2022 allmählich auflösen, wodurch Produktionshemmnisse wegfallen und geplante Investitionsvorhaben umgesetzt werden. Ab der zweiten Jahreshälfte 2022 wird die österreichische Wirtschaft auf einen moderaten Wachstumskurs einschwenken. Nach 4,1% im Jahr 2021 wird das BIP 2022 um 5,2% und 2023 um 2,5% wachsen.

Die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hält auch im Prognosezeitraum an. Die Beschäftigung dürfte weiter steigen und die Arbeitslosenquote zurückgehen. 2022

wird die Arbeitslosenquote wieder unter ihrem Vorkrisenniveau liegen.

Die Rohstoffpreise bleiben zwar noch bis weit in das Jahr 2022 hinein auf hohem Niveau; aufgrund des Nachlassens der weltweiten Nachfrage dürften sie jedoch allmählich sinken und so den Preisauftrieb im Inland dämpfen. 2023 nähert sich die Inflation wieder dem Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2%.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo ist auch 2021 von den hohen Ausgaben für die Bewältigung der Gesundheitskrise und den staatlichen Hilfsprogrammen geprägt und wird erneut deutlich negativ ausfallen. Automatische Stabilisatoren und das Auslaufen zahlreicher Stützungsmaßnahmen werden 2022 und 2023 trotz der Einnahmehemmnisse durch die Steuerreform zu einer deutlichen Verbesserung des Saldos beitragen.

Die vorliegende Prognose beruht auf der Annahme, dass die Mitte Dezember verlautbarte Aufhebung der Einschränkungen in Österreich entsprechend umgesetzt wird. Weiters wurde angenommen, dass die Einführung der Impfpflicht einen Anstieg der

Impfquote nach sich zieht, sodass sich die dämpfende Wirkung der weiter bestehenden Einschränkungen für Ungeimpfte auf die Konjunktur allmählich abschwächt. Ein mögliches neuerliches Aufflammen der Pande-

mie, etwa durch die Omikron-Variante des SARS-CoV-2-Virus, und etwaige erneute Einschränkungen des Wirtschaftsgeschehens wurden in der vorliegenden Prognose dagegen nicht berücksichtigt.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

		2018	2019	2020	2021	2022	2023
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real		+ 2,5	+ 1,5	- 6,7	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,5
Herstellung von Waren		+ 4,3	+ 0,6	- 7,0	+ 8,6	+ 3,2	+ 3,5
Handel		+ 4,2	+ 2,0	- 4,2	+ 5,6	+ 5,4	+ 3,5
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real		+ 1,1	+ 0,7	- 8,5	+ 3,4	+ 6,3	+ 2,9
Dauerhafte Konsumgüter		+ 1,0	+ 0,3	- 2,6	+ 11,0	+ 4,0	+ 3,0
Bruttoanlageinvestitionen, real		+ 4,4	+ 4,8	- 5,2	+ 5,7	+ 4,8	+ 1,8
Ausrüstungen ²⁾		+ 3,4	+ 5,5	- 6,5	+ 6,3	+ 6,5	+ 1,7
Bauten		+ 5,6	+ 4,0	- 3,7	+ 4,9	+ 2,8	+ 1,9
Exporte, real		+ 5,1	+ 3,4	- 10,8	+ 10,2	+ 8,5	+ 4,2
Warenexporte, fob		+ 4,7	+ 2,7	- 7,8	+ 14,0	+ 5,0	+ 3,8
Importe, real		+ 5,3	+ 2,0	- 9,4	+ 12,6	+ 6,1	+ 3,9
Warenimporte, fob		+ 4,1	- 0,0	- 6,4	+ 14,5	+ 4,3	+ 3,5
Bruttoinlandsprodukt, nominell		+ 4,3	+ 3,1	- 4,6	+ 5,8	+ 8,1	+ 4,6
	Mrd. €	385,42	397,52	379,32	401,15	433,81	453,84
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	0,9	2,1	1,9	- 0,8	0,8	0,8
Verbraucherpreise		+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 3,3	+ 2,2
Dreimonatszinssatz	in %	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,6	- 0,4	0,4
Sekundärmarktrendite ³⁾	in %	0,7	0,1	- 0,2	- 0,1	0,1	0,5
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	0,2	0,6	- 8,3	- 6,2	- 1,8	- 0,6
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾		+ 2,5	+ 1,6	- 2,0	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,7
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾		5,2	4,8	6,0	6,4	4,8	4,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		7,7	7,4	9,9	8,0	7,2	6,8

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Labour Force Survey.

1. Pandemie, hohe Rohstoffpreise und Lieferengpässe bremsen 2021 die Weltkonjunktur

Die Entwicklung der Weltwirtschaft ist weiterhin maßgeblich von der COVID-19-Pandemie bestimmt. In den USA war die Wirtschaftstätigkeit im Winter 2020/21 zwar kaum beeinträchtigt gewesen, im III. Quartal 2021 dämpfte jedoch die Beschleunigung des Infektionsgeschehens die Konjunktur. Auch in Japan bremsen COVID-19-Ausbrüche im Sommer das Wachstum. Im Euro-Raum erholte sich die Wirtschaft im Sommerhalbjahr hingegen rasch von der pandemiebedingten Stagnation im Winter 2020/21. Während das BIP in den USA im III. Quartal 2021 saisonbereinigt höher war als im IV. Quartal 2019 vor dem Ausbruch der Pandemie, lag es im Euro-Raum und in Japan noch darunter. In China hatte das BIP sein Vorkrisenniveau bereits 2020 überschritten. Lokale COVID-19-Ausbrüche führen dort zwar immer wieder zu teils drastischen, wenn auch regional begrenzten behördlichen Einschränkungen. Die Konjunkturschwäche Chinas im III. Quar-

tal 2021 ist aber vor allem auf die Probleme im Immobiliensektor und den Rückgang der Bauinvestitionen zurückzuführen, die beide mit der Verschärfung von Finanzierungsvorschriften für Immobilienunternehmen zusammenhängen.

Die weltweite Industrieproduktion litt zwar unter den weitreichenden Schließungen im Frühjahr 2020, ist seitdem aber kaum mehr vom Infektionsgeschehen abhängig. Der damalige Einbruch wurde rasch – schneller als in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 – kompensiert, sodass das Niveau der Weltindustrieproduktion im III. Quartal 2021 deutlich über dem Vorkrisenniveau lag. Die zügige und kräftige Erholung der weltweiten Güternachfrage hatte allerdings Angebotsengpässe zur Folge, die ihrerseits zu starken Preissteigerungen bei Rohstoffen, Vorprodukten und Fertigwaren führten. Unabhängig von der hohen Güternachfrage entstanden im internationalen Schiffsverkehr

Regional unterschiedliche Anstiege der Infektionszahlen, Lieferengpässe und hohe Rohstoffpreise bremsen ab dem Sommer 2021 den weltweiten Konjunkturaufschwung.

regionale Engpässe, die die Lücke zwischen weltweitem Warenangebot und -nachfrage verstärkten. Zusammen mit weiteren Erschwernissen wie etwa Hafenschließungen

in China führte dies dazu, dass die weltweite Industrieproduktion über weite Strecken des Jahres 2021 stagnierte und der Warenhandel zurückging.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2020 in % Waren- Welt-BIP ²⁾ exporte ¹⁾		2018	2019	2020	2021	2022	2023
			BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
EU 27	67,6	15,0	+ 2,1	+ 1,8	- 5,9	+ 5,1	+ 4,2	+ 2,6
Euro-Raum	52,0	12,1	+ 1,8	+ 1,6	- 6,4	+ 5,2	+ 4,2	+ 2,4
Deutschland	30,5	3,4	+ 1,1	+ 1,1	- 4,6	+ 2,8	+ 4,2	+ 2,0
Italien	6,2	1,9	+ 0,9	+ 0,4	- 8,9	+ 6,4	+ 4,7	+ 2,2
Frankreich	4,3	2,3	+ 1,9	+ 1,8	- 7,9	+ 6,8	+ 3,8	+ 2,0
MOEL 5 ³⁾	14,9	1,8	+ 4,7	+ 4,1	- 3,7	+ 4,8	+ 4,7	+ 4,1
Ungarn	3,5	0,2	+ 5,4	+ 4,6	- 4,7	+ 7,0	+ 5,2	+ 4,0
Tschechien	3,6	0,3	+ 3,2	+ 3,0	- 5,8	+ 2,8	+ 4,6	+ 3,5
Polen	3,9	1,0	+ 5,4	+ 4,7	- 2,5	+ 5,0	+ 4,7	+ 4,4
USA	6,5	15,8	+ 2,9	+ 2,3	- 3,4	+ 5,5	+ 4,4	+ 2,2
Schweiz	5,5	0,5	+ 2,9	+ 1,2	- 2,4	+ 3,6	+ 3,3	+ 1,5
Vereinigtes Königreich	2,9	2,2	+ 1,7	+ 1,7	- 9,7	+ 6,9	+ 5,4	+ 2,4
China	2,7	18,3	+ 6,7	+ 6,0	+ 2,3	+ 8,3	+ 5,4	+ 5,3
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		52	+ 4,0	+ 3,4	- 2,3	+ 6,4	+ 4,7	+ 3,4
Exportgewichtet ⁵⁾	85		+ 2,4	+ 1,9	- 5,4	+ 5,2	+ 4,3	+ 2,6
Marktwachstum Österreich ⁶⁾			+ 4,0	+ 1,7	- 6,1	+ 11,0	+ 5,0	+ 4,0

Annahmen zur Prognose

Erdölpreis

Brent, \$ je Barrel	71,0	64,3	41,7	71	69	66
---------------------	------	------	------	----	----	----

Wechselkurs

Dollar je Euro	1,181	1,120	1,141	1,18	1,12	1,08
----------------	-------	-------	-------	------	------	------

Internationale Zinssätze

EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %	0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,4	- 0,2	0,2

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, EIA, Eurostat, EZB, IWF, OECD, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. –
¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. –
⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparität
2019. – ⁵⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen
2019. – ⁶⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. –
⁷⁾ Mindestbietungssatz.

Sowohl der Nachfrageüberhang als auch die angebotsseitigen Probleme wirken preistreibend. Die Rohstoff- und Energiepreise stiegen rasant und lagen im November 2021 weit über ihren Vorkrisenniveaus. Im Bereich der Industrierohstoffe erreichte die Teuerung im Frühjahr 2021 ihren Höhepunkt, seither

gehen die Preise aufgrund der nachlassenden Konjunktur allmählich zurück. Bei den Energiepreisen ist hingegen noch kein deutlicher Rückgang erkennbar. Die Preissteigerungen bei Rohstoffen wirkten sich direkt auf die Verbraucherpreise aus; im Euro-Raum und in den USA stieg die Inflation kräftig.

2. Erholung der Weltwirtschaft setzt sich fort

Die COVID-19-Pandemie und die Lieferengpässe werden die Entwicklung der Weltwirtschaft auch im Prognosezeitraum bestimmen. Das Pandemiegeschehen ist weltweit recht heterogen. Während im Sommer 2021 die USA und Teile Südostasiens betroffen waren, beschleunigte es sich in Europa erst im Herbst. Viele europäische Länder haben bereits wieder gesundheitspolitische Maßnahmen ergriffen, die die wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten einschränken. Auf den dadurch bedingten Konjunkturreinbruch in

Europa dürfte aber eine kräftige Erholung folgen, wie die Erfahrung aus den früheren COVID-19-Wellen zeigt.

Auch die Lieferengpässe und die Materialknappheit haben sich bisher nicht aufgelöst. Der Anteil der Unternehmen, die einen Materialmangel als Produktionshemmnis wahrnehmen, stieg im Herbst vielerorts an. Durch Anpassungen in den Produktionsabläufen, ein allmähliches Abklingen der Pandemie und preisliche Anpassungen dürfte sich der

Nachfrageüberhang jedoch bis zum Ende des Prognosezeitraums entschärfen. Darauf deutet auch die in den meisten Ländern mehrheitlich optimistische Stimmung der Unternehmen hin. Somit dürften die teilweise sehr hohen Auftragsbestände zu einer deutlichen Beschleunigung der Investitionsdynamik führen. Darüber hinaus wird auch der private Konsum, insbesondere von Dienstleistungen, kräftig anziehen, sobald die in der COVID-19-Krise angehäuften Ersparnisse abgebaut werden. Das robuste Wachstum der Weltwirtschaft im Prognosezeitraum resultiert zudem aus einer akkommodierenden Geld- und Fiskalpolitik.

Die derzeit hohe Inflationsdynamik wird mit dem Abbau des Nachfrageüberhangs abklingen und die Geldpolitik somit nicht wesentlich beeinträchtigen. Diese wird eher durch die realwirtschaftliche Entwicklung geprägt. Aufgrund der weit fortgeschrittenen Erholung in den USA wird die Federal Reserve Bank den Ankauf von Wertpapieren reduzieren. Die Zinssätze dürften 2022 nur leicht angehoben werden, da die Notenbank der USA eine weitere Verbesserung der Arbeitsmarktlage anstrebt. Der krisenbedingte Arbeitslosigkeitszuwachs ist zwar praktisch wieder abgebaut, jedoch liegt die Erwerbsbeteiligung in den USA noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Die EZB dürfte das eigens zur Krisenbewältigung aufgelegte Anleiheankaufprogramm PEPP (Pandemic Emergency Purchase Programme) wohl wie geplant im März 2022 beenden.

3. Österreichs Wirtschaft im Wechselspiel von Öffnungs- und Schließungsphasen

Die Konjunktur in Österreich war 2021 von einem Wechselspiel von Öffnungs- und Schließungsphasen geprägt. Nach der Aufhebung der behördlichen COVID-19-Maßnahmen im Frühjahr erholte sich die Wirtschaft – wie schon 2020 – rasch. Im III. Quartal stieg das BIP neuerlich kräftig (+3,8% gegenüber dem Vorquartal) und erreichte saisonbereinigt erstmals wieder das Vorkrisenniveau vom IV. Quartal 2019. Seit dem Sommer mehrten sich allerdings die Anzeichen für eine Abschwächung des Wachstums: Lieferengpässe und hohe Rohstoffpreise bremsen die starke Industrie- und Baukonjunktur. Die neuerlichen Einschränkungen im November und Dezember infolge des steilen Anstiegs der Neuinfektionen bremsen den Konjunkturaufschwung zusätzlich. Zudem ist der heimische Wintertourismus bislang weitgehend ausgefallen, was auf die Einstufung Österreichs als Hochrisikogebiet für Reisende aus Deutsch-

Andere, bereits länger bestehende Ankaufprogramme laufen über diese Frist hinaus weiter; mit einem Zinsschritt wird erst Anfang 2023 gerechnet.

Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivität infolge der COVID-19-Pandemie werden in den meisten Ländern von staatlichen Stützungsmaßnahmen begleitet. Wie der bisherige Pandemieverlauf zeigt, trägt die dadurch erzielte Absicherung der privaten Haushaltseinkommen zu einer starken Erholung nach der Aufhebung der Einschränkungen bei. Da die behördlichen Einschränkungen mit zunehmendem Impffortschritt zurückgenommen werden dürften, wird sich auch die Inanspruchnahme der Stützungsprogramme verringern. Zugleich werden jedoch neue expansive fiskalpolitische Impulse gesetzt, insbesondere in den USA. Auf Grundlage des Infrastruktur- und Investitionsgesetzes (Infrastructure and Investment Jobs Act) sollen dort in den nächsten 10 Jahren 550 Mrd. \$ an neuen Ausgaben getätigt werden. Im Rahmen des "Build Back Better Plan", der Elemente des "American Jobs Plan" und des "American Families Plan" enthält, sollen weitere fiskalpolitische Maßnahmen gesetzt werden. Die beiden Initiativen dürften das BIP der USA im Prognosezeitraum um 1½% bis 2% erhöhen. Das weltweite BIP dürfte, nach einem kräftigen Zuwachs 2021, im Jahr 2022 um 4,7% und 2023 um 3,4% wachsen (kaufkraftgewichtet); im Euro-Raum wird mit einem Wachstum von 4,2% bzw. 2,4% gerechnet.

Die Hemmnisse für die Weltwirtschaft dürften zwar bis ins Jahr 2022 reichen, sollten sich aber um die Jahresmitte allmählich auflösen. Die hohen Rohstoffpreise werden im Jahresverlauf 2022 langsam zurückgehen, wodurch die Inflation weltweit sinkt. Die Geld- und Fiskalpolitik unterstützt im Prognosezeitraum die Fortsetzung der Konjunkturerholung.

land und die anhaltende Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie zurückzuführen ist.

Das BIP dürfte daher im IV. Quartal 2021 gegenüber dem Vorquartal sinken. Zwar fiel der Lockdown kürzer aus als im Vorjahr, begann aber zugleich etwas später, wodurch das Weihnachtsgeschäft im Handel stärker beeinträchtigt wurde. Zudem trafen die Einschränkungen auf eine schwächere konjunkturelle Grunddynamik: Die Wertschöpfung in Industrie und Bauwirtschaft, die im IV. Quartal 2020 gestiegen war, dürfte im IV. Quartal 2021 weitgehend stagnieren. Der Rückgang des BIP dürfte daher stärker ausfallen als im Vorjahr¹⁾. Für das Gesamtjahr 2021 wird aufgrund der kräftigen Erholung im Sommerhalbjahr dennoch mit einem BIP-Wachstum von 4,1% gerechnet.

Die österreichische Konjunktur erholte sich im Frühjahr und Sommer 2021 kräftig. Im IV. Quartal dürfte das BIP wegen des neuerlichen Lockdown jedoch sinken. Aufgrund der Auf- und Nachholeffekte sollte das BIP 2022 stark wachsen. 2023 dürfte die heimische Wirtschaft auf einen moderaten Wachstumskurs einschwenken.

¹⁾ Eine allfällige Abwärtsrevision der Quartalsrechnung zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für das III. Quartal hätte zur Folge, dass bei einer

unveränderten Jahreswachstumsrate der Konjunkturerholung im IV. Quartal nicht so stark ausfallen würde wie in der Prognose unterstellt.

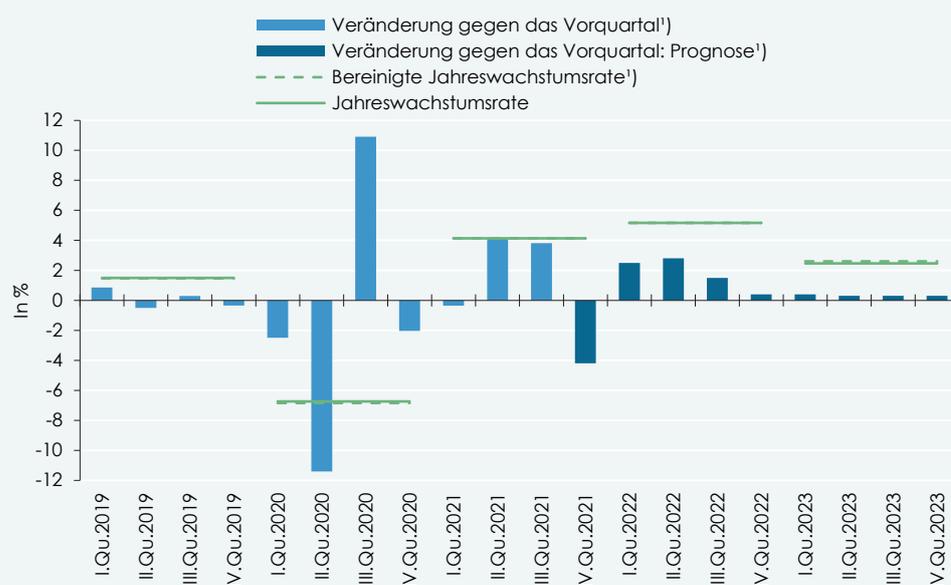
Übersicht 3: Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP

		2020	2021	2022	2023
Wachstumsüberhang ¹⁾	Prozentpunkte	- 0,2	+ 0,5	- 0,4	+ 1,7
Jahresverlaufsrate ²⁾	in %	- 6,1	+ 3,2	+ 7,4	+ 1,3
Jahreswachstumsrate	in %	- 6,7	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,5
Bereinigte Jahreswachstumsrate ³⁾	in %	- 6,8	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,6
Kalendereffekt ⁴⁾	Prozentpunkte	+ 0,0	± 0,0	± 0,0	- 0,1

Q: WIFO. 2021 bis 2023: Prognose. – 1) Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. – 2) Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. – 3) Saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – 4) Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

Abbildung 1: Konjunkturmodell Österreich

BIP, real



Q: WIFO. – 1) Saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat.

Der Lockdown im November und Dezember 2021 schränkte den privaten Konsum neuerlich ein. 2022 sollte sich die Konsumnachfrage dagegen kräftig erholen.

Da auf die Aufhebung der COVID-19-Maßnahmen erfahrungsgemäß eine rasche Erholung folgt, sind im 1. Halbjahr 2022 kräftige Auf- und Nachholeffekte zu erwarten, insbesondere in den behördlich stark eingeschränkten Wirtschaftsbereichen. Im Sommer 2022 ist weiters mit einer Auflösung der Lieferengpässe und einer allmählichen Verbilligung der Rohstoffpreise zu rechnen, so dass die Wertschöpfung in Industrie und Bauwirtschaft kräftig steigen dürfte. Das BIP dürfte demnach 2022 um 5,2% zunehmen.

Mit dem Nachlassen der Auf- und Nachholeffekte wird die heimische Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2022 allmählich auf einen moderaten Wachstumskurs einschwenken. Für 2023 wird ein BIP-Wachstum von 2,5% erwartet.

3.1 Privater Konsum durch Lockdown eingeschränkt

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte waren 2021 aufgrund der Öffnungs- und Schließungsphasen starken Schwankungen unterworfen. Zwar schränken die behördlichen Maßnahmen die Konsummöglichkeiten deutlich ein; nach der Aufhebung sind jedoch auch die Erholungseffekte kräftig. So stieg der private Konsum im II. und III. Quartal stark, nachdem er im I. Quartal eingebrochen war. Die Erholung ist aber noch nicht abgeschlossen: die Konsumausgaben lagen im III. Quartal 2021 noch merklich unter ihrem Vorkrisenniveau. Zudem kam es wegen des eingeschränkten Dienstleistungskonsums zu einer Verschiebung des privaten Konsums in Richtung dauerhafter Konsumgüter.

Abbildung 2: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

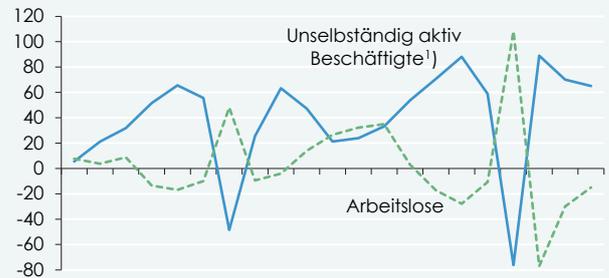
Wirtschaftswachstum

In %



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



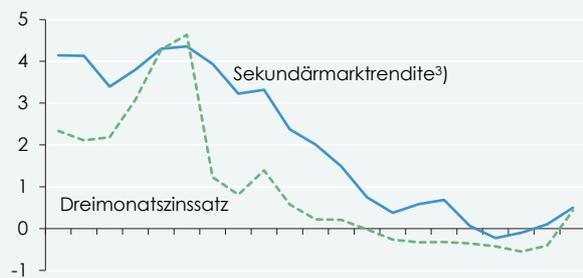
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



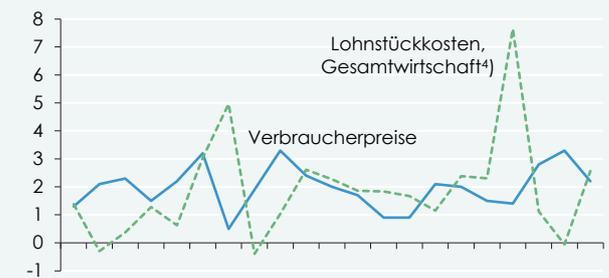
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – 1) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/08 wegen Umstellung der Beschäftigtenstatistik. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – 3) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – 4) Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – 5) Prognose: Europäische Kommission.

Übersicht 4: Konsum, Einkommen und Preise

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 1,1	+ 0,7	- 8,5	+ 3,4	+ 6,3	+ 2,9
Dauerhafte Konsumgüter	+ 1,0	+ 0,3	- 2,6	+11,0	+ 4,0	+ 3,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,1	+ 0,7	- 9,1	+ 2,5	+ 6,6	+ 2,9
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 1,2	+ 1,6	- 2,0	- 0,2	+ 2,2	+ 2,6
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	7,7	8,5	14,4	11,4	7,8	7,5
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	7,0	7,9	13,9	10,8	7,2	6,9
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 4,9	+ 4,4	+ 3,8	+ 4,7	+ 3,7	+ 3,1
	Verbraucherpreise					
National	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 3,3	+ 2,2
Harmonisiert	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 3,4	+ 2,2
Kerninflation ²⁾	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,3

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Übersicht 5: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,3
Real ²⁾						
Brutto	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,1	- 0,2	+ 1,1
Netto	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,3	- 0,2	+ 1,3	+ 0,9
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde ³⁾						
Real ²⁾ , netto	+ 0,3	+ 0,9	+ 9,2	- 4,1	- 1,1	+ 0,6
	In%					
Lohnquote, bereinigt ⁴⁾	68,8	69,1	70,2	70,7	69,8	70,1
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Lohnstückkosten ⁵⁾ , nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 2,4	+ 2,3	+ 7,6	+ 1,1	- 0,1	+ 2,6
Herstellung von Waren	+ 1,7	+ 3,3	+ 6,2	- 3,7	+ 0,5	+ 0,1
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren ⁶⁾						
Nominell	+ 1,7	- 0,7	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2
Real	+ 1,7	- 1,1	+ 1,8	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,5

Q: WIFO, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – ¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Laut VGR. – ⁴⁾ Arbeitnehmerentgelte in Relation zum Volkseinkommen, bereinigt um die Veränderung des Anteiles der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995. – ⁵⁾ Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁶⁾ Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

Der Lockdown im IV. Quartal 2021 schränkte die Konsummöglichkeiten neuerlich ein. Dies traf insbesondere den Handel, die Beherbergung und Gastronomie, den Freizeit-, Veranstaltungs- und Erholungsbereich, den Verkehr sowie die körpernahen Dienstleistungen. Nach der Aufhebung der behördlichen

Einschränkungen dürfte sich der Konsum allerdings kräftig erholen. Zudem wird während des Lockdown ein größerer Teil der Einkommen angespart als üblich. Dadurch erhöht sich der Polster für die Ausweitung des Konsums, wodurch sich die Nachfrage ins Jahr 2022 verschiebt. Mit Ende des Lock-

down dürfte die Nachfrage nach Dienstleistungen erneut zunehmen und die rege Dynamik bei dauerhaften Konsumgütern abflauen.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, die 2020 stark zurückgingen, dürften 2021 aufgrund der staatlichen Unterstützung preisbereinigt weitgehend stabil bleiben. 2022 und 2023 führen Lohnzuwächse und das Inkrafttreten der Steuerreform trotz hoher Inflation zu merklichen Einkommenssteigerungen. Die während der Krise angehäuften Sparguthaben stützen den privaten Konsum, sodass die Sparquote bereits 2022 unter ihr Vorkrisenniveau sinkt.

3.2 Weitgehender Ausfall der Wintersaison 2021/22

Die touristische Nachfrage war in der Sommersaison 2021 höher als im Vorjahr und lag in manchen Regionen Österreichs gemessen an den Übernachtungen sogar über dem Vorkrisenniveau. Insgesamt war das Nächtigungsniveau in der Sommersaison jedoch deutlich niedriger als vor der COVID-19-Krise. Aufgrund des Ausbleibens von Fernreisenden verschob sich die Gästestruktur: Binnenreisende und wichtige Nahmärkte wie Deutschland und die Niederlande gewannen an Bedeutung.

Wegen des Anstiegs der Infektionszahlen und der Verhängung von Reisewarnungen – insbesondere durch Deutschland – trübten sich die Aussichten des heimischen Wintertourismus im Oktober und November zunehmend ein. Mit Inkrafttreten der behördlichen Einschränkungen in Österreich kam die touristische Aktivität schließlich weitgehend zum Stillstand. Unsicherheiten über die weitere Entwicklung des Infektionsgeschehens und die behördlichen Maßnahmen im In- und Ausland dürften dazu führen, dass etliche Gäste den Winterurlaub ausfallen lassen. Der Städtetourismus leidet weiterhin unter dem Ausbleiben von Fernreisenden, der Absage von Veranstaltungen und dem Rückgang von Geschäftsreisen.

Die genannten Unsicherheiten dürften auch nach der Aufhebung der Restriktionen bestehen bleiben und daher die gesamte Wintersaison 2021/22 beeinträchtigen. Im Winter wird der heimische Tourismus daher von Binnenreisenden bestimmt werden. Mit einer Erholung der ausländischen Nachfrage ist erst im Frühjahr und Sommer 2022 zu rechnen. Die Nachfrage aus fernen Quellmärkten wie Asien oder Nordamerika dürfte sich dagegen erst 2023 wieder erholen. Die Zahl der Geschäftsreisen wird wohl dauerhaft abnehmen.

Der neuerliche Lockdown, die hohe Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Infektionsgeschehens und die Einstufung Österreichs als Hochrisikogebiet für Reisende aus Deutschland lähmen den heimischen Wintertourismus.

Risikoszenario: Verlängerung der Reisewarnungen

Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass mit der Verlangsamung des Infektionsgeschehens auch die Reisewarnungen für Österreich im Jänner 2022 aufgehoben werden, insbesondere durch Deutschland. Sollte die Einstufung Österreichs als Hochrisikogebiet stattdessen bis zum Ende der Wintersaison 2021/22 aufrecht bleiben, dürften viele Gäste aus dem Ausland fernbleiben. In diesem Fall wird geschätzt, dass in der Wintersaison 2021/22 3,5 Mio. Nächtigungen weniger verzeichnet werden als im Basisszenario (-2,5%). Dieser Schätzung liegt die Annahme zugrunde, dass es keine regionale Differenzierung der Reisewarnungen zwischen Bundesländern geben wird.

Auch im Basisszenario der Prognose wird davon ausgegangen, dass in Österreich keine reguläre Wintersaison 2021/22 zustande kommt: Einerseits sind ungeimpfte Personen durch die 2-G-Regelung in Skigebieten sowie in der Beherbergung und Gastronomie weitestgehend vom Wintertourismus in Österreich ausgeschlossen. Andererseits sind auch geimpfte Personen weiterhin von Einschränkungen betroffen. Die restriktivere Annahme des Risikoszenarios betrifft damit zusätzlich vor allem Familien mit ungeimpften Kindern unter 12 Jahren, die sich nach ihrer Rückkehr aus Österreich in Deutschland in Quarantäne begeben müssen. Mit zunehmender Durchimpfung auch von Kindern nimmt der entsprechende Nächtigungsausfall allerdings über die Zeit ab. Die Möglichkeit eines Winterurlaubs könnte für Familien einen gewissen Anreiz darstellen, Kinder früher impfen zu lassen. Zudem könnten anstelle von Familien vermehrt Gäste kommen, die ihren Winterurlaub üblicherweise nicht in Österreich verbringen. Dadurch dürften die Ausgaben pro Kopf steigen, da Reisende ohne Kinder tendenziell mehr Geld für ihren Urlaub ausgeben.

Unter diesen Annahmen wird der Wertschöpfungsverlust 2022 in der Beherbergung und Gastronomie im Vergleich zum Basisszenario auf etwa 400 Mio. € geschätzt. Der Rückgang der Nächtigungen dämpft allerdings auch die Wertschöpfung in den Bereichen Handel, Verkehr und persönliche Dienstleistungen. In Summe wird der direkte Wertschöpfungsverlust in Österreich auf etwa 700 Mio. € geschätzt. Unter Berücksichtigung indirekter Effekte fällt das BIP-Wachstum 2022 im Risikoszenario um etwa ¼ Prozentpunkt geringer aus als im Basisszenario.

3.3 Lieferengpässe dämpfen den Warenaußenhandel

Der österreichische Warenaußenhandel hatte ab Mitte 2020 kräftig expandiert, die Erholung kam allerdings im Sommer 2021 zum Erliegen. Zum einen ist das Aufholpotential im Welthandel weitgehend ausgeschöpft, zum anderen bremsen Liefereng-

pässe und Materialmangel weltweit die Produktion. Die Kfz-Industrie, die insbesondere durch eine Knappheit an Halbleitern beeinträchtigt wird, ist ein wichtiger Teilbereich der österreichischen Exportwirtschaft. Zudem schlägt sich die starke Betroffenheit der deutschen Industrie nunmehr zeitverzögert im österreichischen Warenaußenhandel nieder. Im IV. Quartal dürfte sich das Wachstum

Lieferengpässe und Produktionsschwierigkeiten dämpfen den österreichischen Warenaußenhandel im 2. Halbjahr 2021. Die Auftragsbestände aus dem Ausland sind aber weiterhin hoch.

der Ausfuhren daher abschwächen. Dennoch führt die kräftige internationale Konjunktur im Gesamtjahr 2021 zu einem hohen Zuwachs. Positiv wirkt sich hierbei eine günstige Investitionskonjunktur bei den wichtigsten EU-Handelspartnern Österreichs aus, da sie die Nachfrage auf jene Waren lenkt, die im österreichischen Export von hoher Bedeutung sind.

Die Auftragsbestände aus dem Ausland sind weiterhin auf hohem Niveau. Auch die Exporterwartungen sind nach wie vor optimistisch. Die Auflösung der Lieferengpässe

dürfte den österreichischen Außenhandel im Frühjahr und Sommer 2022 erneut beleben. Zudem bleibt das Wachstum auf den wichtigsten Exportmärkten hoch; in Deutschland verschiebt sich die Nachfrage allerdings zugunsten der Konsumgüter, wodurch sich die Aussichten für die auf Investitionsgüter spezialisierte österreichische Exportindustrie eintrüben. 2023 verlangsamt sich das Wachstum der wichtigsten Handelspartner deutlich, während es in anderen Nicht-EU-Ländern kaum abnimmt. Das österreichische Exportwachstum schwächt sich daher weiter ab.

Übersicht 6: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2020	2021	2022	2023	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				2020	2021	2022	2023
Konsumausgaben insgesamt	246,32	256,09	265,86	271,08	- 6,3	+ 4,0	+ 3,8	+ 2,0
Private Haushalte ¹⁾	174,88	180,83	192,22	197,80	- 8,5	+ 3,4	+ 6,3	+ 2,9
Staat	71,41	75,20	73,73	73,44	- 0,5	+ 5,3	- 2,0	- 0,4
Bruttoinvestitionen	90,33	97,31	101,40	104,55	- 4,6	+ 7,7	+ 4,2	+ 3,1
Bruttoanlageinvestitionen	88,12	93,10	97,54	99,28	- 5,2	+ 5,7	+ 4,8	+ 1,8
Ausrüstungen ²⁾	28,40	30,67	32,97	33,30	- 8,7	+ 8,0	+ 7,5	+ 1,0
Bauten	39,70	41,65	42,81	43,62	- 3,7	+ 4,9	+ 2,8	+ 1,9
Sonstige Anlagen ³⁾	19,97	20,77	21,81	22,40	- 3,2	+ 4,0	+ 5,0	+ 2,7
Inländische Verwendung	337,18	354,29	368,18	376,57	- 5,8	+ 5,1	+ 3,9	+ 2,3
Exporte	191,59	211,22	229,11	238,64	- 10,8	+ 10,2	+ 8,5	+ 4,2
Reiseverkehr	9,38	7,07	13,76	15,07	- 43,9	- 24,6	+ 94,6	+ 9,5
Minus Importe	180,59	203,34	215,79	224,25	- 9,4	+ 12,6	+ 6,1	+ 3,9
Reiseverkehr	3,35	4,35	7,67	8,95	- 63,6	+ 30,0	+ 76,3	+ 16,7
Bruttoinlandsprodukt	348,36	362,58	381,58	391,00	- 6,7	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,5
Nominell	379,32	401,15	433,81	453,84	- 4,6	+ 5,8	+ 8,1	+ 4,6

Q: WIFO, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – 1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – 3) Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Übersicht 7: Produktivität

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,5	+ 1,5	- 6,7	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,5
Geleistete Arbeitsstunden ¹⁾	+ 1,9	+ 1,6	- 8,7	+ 6,6	+ 4,5	+ 2,0
Stundenproduktivität ²⁾	+ 0,5	- 0,1	+ 2,1	- 2,4	+ 0,7	+ 0,5
Erwerbstätige ³⁾	+ 1,8	+ 1,3	- 1,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,5
Herstellung von Waren						
Produktion ⁴⁾	+ 4,3	+ 0,6	- 7,0	+ 8,6	+ 3,2	+ 3,5
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	+ 2,4	+ 0,8	- 6,2	+ 5,9	+ 0,8	+ 0,7
Stundenproduktivität ²⁾	+ 1,9	- 0,1	- 0,8	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,8
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	+ 2,8	+ 1,5	- 1,5	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5

Q: WIFO, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – 1) Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – 2) Produktion je geleistete Arbeitsstunde. – 3) Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – 4) Nettoproduktionswert, real. – 5) Von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – 6) Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

Die heimischen Importe waren 2021 von der starken Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern getrieben. Diese klingt jedoch in der zweiten Jahreshälfte 2021 ab und dürfte sich 2022 weiter abschwächen, auch wenn sich die Auslieferung von Bestellungen

infolge von Lieferengpässen verzögert. 2023 dämpft auch die nachlassende Investitionsdynamik aufgrund des Auslaufens von Vorzieheffekten die Importentwicklung. Der starke Preisauftrieb der Warenimporte im Jahr 2021 ist den hohen Rohstoff- und

Energiepreisen geschuldet. Im Prognosezeitraum dürfte sich die Teuerung allmählich abschwächen.

3.4 Lieferengpässe und Materialmangel bremsen die Industriekonjunktur

In der Herstellung von Waren setzte bereits 2020 ein kräftiger Aufschwung ein, der von den COVID-19-Einschränkungen in Österreich kaum gebremst wurde. Saisonbereinigt übertraf die Wertschöpfung in diesem Bereich bereits im I. Quartal 2021 wieder das Vorkrisenniveau. Dazu trug auch die pandemiebedingte Verschiebung der Konsumnachfrage von den Dienstleistungen zu dauerhaften Gütern maßgeblich bei.

Die schnelle und kräftige Erholung der weltweiten Industrieproduktion führte allerdings ab dem Frühjahr 2021 auch in Österreich zunehmend zu Lieferengpässen, die Produktionsausfälle und -verzögerungen nach sich zogen. So meldeten laut WIFO-Konjunkturtest von Oktober 2021 43% der befragten Sachgütererzeuger, durch Material- oder Kapazitätsmangel in ihrer Produktion eingeschränkt zu sein. Besonders betroffen ist aufgrund der Lieferschwierigkeiten bei Halbleitern die Kfz-Industrie. Der Materialmangel zeigt sich aber auch in vielen anderen Branchen deutlich. Im IV. Quartal 2021 dürfte die heimische Industrieproduktion daher kaum wachsen. Die hohen Zuwächse in den ersten drei Quartalen führen allerdings dazu, dass die Wertschöpfung in der Herstellung von Waren im Gesamtjahr 2021 kräftig zulegt.

Lieferengpässe bremsen den kräftigen Konjunkturaufschwung in der Industrie. Die Stimmung der Unternehmen und die günstige Auftragslage deuten aber für 2022 auf eine Fortsetzung der Erholung.

Übersicht 8: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,20	4,31	4,31	4,31	- 3,1	+ 2,5	± 0,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	61,37	66,65	68,79	71,19	- 7,1	+ 8,6	+ 3,2	+ 3,5
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	9,67	10,54	10,75	11,02	- 1,4	+ 9,0	+ 2,0	+ 2,5
Bauwirtschaft	18,98	19,78	20,19	20,50	- 3,0	+ 4,2	+ 2,1	+ 1,5
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	38,40	40,55	42,74	44,24	- 4,2	+ 5,6	+ 5,4	+ 3,5
Verkehr	16,36	17,34	18,21	18,57	- 13,0	+ 6,0	+ 5,0	+ 2,0
Beherbergung und Gastronomie	9,79	8,03	14,41	15,59	- 40,1	- 18,0	+ 79,5	+ 8,2
Information und Kommunikation	13,21	13,63	13,91	14,18	- 1,7	+ 3,2	+ 2,0	+ 2,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	16,08	16,49	17,04	17,47	+ 5,1	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	31,17	31,48	31,73	31,89	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	30,98	33,77	34,95	35,89	- 8,1	+ 9,0	+ 3,5	+ 2,7
Öffentliche Verwaltung ²⁾	54,30	55,28	55,83	56,39	- 3,7	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	7,23	7,27	8,14	8,54	- 19,7	+ 0,5	+ 12,0	+ 5,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	311,08	323,71	340,36	349,11	- 6,8	+ 4,1	+ 5,1	+ 2,6
Bruttoinlandsprodukt	348,36	362,58	381,58	391,00	- 6,7	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,5

Q: WIFO, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Die Stimmung der österreichischen Industrieunternehmen ist anhaltend positiv, Auftragsbestände und Kapazitätsauslastung sind weiterhin hoch. Die Lieferengpässe dürften den Konjunkturaufschwung in der Industrie daher nur vorübergehend bremsen, weil sie sich aufgrund der Abschwächung der weltweiten Wachstumsdynamik um die Jahresmitte 2022 auflösen dürften. Damit dürfte dann die Industrieproduktion neuerlich Fahrt aufnehmen. Das Aufholpotential nach der COVID-19-Krise ist aber weitgehend ausgeschöpft, u. a. deshalb, da mit der Aufhebung der behördlichen Einschränkungen auch der Dienstleistungskonsum wieder stärker in den Vordergrund rückt. Die Expansionsdynamik in der Industrie wird daher allmählich nachlassen. 2022 und 2023 dürften

die Zuwächse deutlich geringer als 2021, aber dennoch hoch ausfallen.

3.5 Investitionsprojekte werden aufgeschoben

Die Investitionsdynamik verlor seit dem Frühjahr 2021 merklich an Schwung. Lieferengpässe in vielen Teilbereichen der Wirtschaft verzögern gesamte Investitionsprojekte und führten im III. Quartal 2021 zu einem deutlichen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen. Diese Abwärtsbewegung dürfte sich bis Jahresende fortsetzen. Im Gesamtjahr 2021 werden die Ausrüstungsinvestitionen aufgrund der kräftigen Dynamik zu Jahresbeginn jedoch stark ausgeweitet.

Aufgrund des Vorprodukt- und Materialmangels werden etliche Investitionsprojekte ins Jahr 2022 verschoben. 2023 laufen die Vorzieheffekte der Investitionsprämie aus.

Materialmangel und Arbeitskräfteknappheit führen zu einer Verschiebung von Bauprojekten. Die Baukonjunktur bleibt jedoch robust und die Preisdynamik hoch.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bleibt im Prognosezeitraum günstig. Die Arbeitslosenquote sinkt 2022 unter das Vorkrisenniveau.

Die hohen Rohstoff- und Energiepreise treiben die Inflation 2021 und 2022. 2023 dürfte die Inflationsrate wieder Richtung des EZB-Ziels sinken.

Die Ausgaben zur Abfederung der ökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie erhöhen 2021 das Defizit. Ihr Wegfall führt 2022 und 2023 trotz der Einnahmeherausfälle durch die Steuerreform zu einer deutlichen Verbesserung der Haushaltslage.

Ein Großteil der 2021 aufgeschobenen Investitionen dürfte in den Folgejahren nachgeholt werden. Insbesondere bei Ausrüstungen können Projekte relativ leicht verschoben werden. Sonstige Anlageinvestitionen – zu einem guten Teil Investitionen in Forschung und Entwicklung – werden hingegen wegen ihres immateriellen Charakters in geringerem Ausmaß nachgeholt. Darin sind auch Konzessionen und Lizenzen enthalten, die an bestimmte Zeiträume gebunden sind.

2023 dürften die Investitionen deutlich nachlassen, da die Vorzieheffekte der Investitionsprämie auslaufen. Die Inanspruchnahme der Investitionsprämie dürfte mit etwa 5 Mrd. € geringer ausfallen als in der letzten Prognose angenommen; die Prämie sollte jedoch weiterhin erhebliche Zusatz- und Vorziehinvestitionen in den Jahren 2021 und 2022 bewirken.

3.6 Materialmangel verzögert Bauproduktion

Die Bauwirtschaft ist weiterhin von Entwicklungen geprägt, die einer Hochkonjunktur ähneln. Die Kapazitätsauslastung und die Auftragsbestände sind hoch, die Preise steigen stark. Auch in diesem Bereich meldeten die Unternehmen zuletzt einen Mangel an Material und Arbeitskräften, der die Baukonjunktur bremst und zu den starken Preisanstiegen beiträgt. Die Nachfrage ist jedoch ungebrochen hoch, sodass diese Hemmnisse nicht zu dauerhaften Produktionsausfällen, sondern nur zu einer Verschiebung der Produktion führen. Im IV. Quartal 2021 dürfte die Wertschöpfung in der Bauwirtschaft allerdings weitgehend stagnieren. Die Preisdynamik dürfte hoch bleiben und das Wachstum dieses Sektors dämpfen.

Im Gesamtjahr 2021 wird die Wertschöpfung in der Bauwirtschaft kräftig zulegen. In den Folgejahren schwächt sich das Wachstum jedoch etwas ab; 2023 wird es wieder unter 2% liegen.

3.7 Günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich 2021 äußerst günstig. Zwar verlor die Beschäftigungsdynamik gegen Jahresende merklich an Schwung, im Jahresdurchschnitt legt die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten aber deutlich zu und übertrifft damit das Vorkrisenniveau. Der Anstieg entfällt zu etwa zwei Dritteln auf ausländische Arbeitskräfte. Dieser Trend dürfte sich in den Folgejahren fortsetzen, wozu auch der demografisch bedingte Rückgang der Erwerbsbevölkerung ab 2023 beiträgt. Zudem steigt die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten 2021 markant und erhöht sich bis 2023 weiter. Dies ist wesentlich auf die geringere Inanspruchnahme der Kurzarbeit zurückzuführen. Das Arbeitszeitvolumen der unselb-

ständig Beschäftigten übersteigt aber erst 2022 sein Vorkrisenniveau.

Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition sinkt 2021 um knapp 2 Prozentpunkte, bleibt somit aber deutlich höher als 2019. Erst 2022 dürfte sie das Vorkrisenniveau unterschreiten und bis 2023 weiter leicht sinken. Der Beschäftigungsanstieg wird nur zu etwa einem Drittel aus der Arbeitslosigkeit abgedeckt.

3.8 Inflation bleibt bis 2022 hoch

Die Inflation stieg im Lauf des Jahres 2021 stark, getrieben durch hohe Rohstoff- und Energiepreise sowie die dadurch bedingten Preisanstiege industrieller Güter. Der Preisauftrieb dürfte sich 2022 noch etwas verstärken, weil die preistreibenden Faktoren anhalten und erst mit dem Nachlassen der Weltkonjunktur allmählich abklingen. Zudem werden die Strom- und Gaspreise mit Jahresbeginn 2022 deutlich steigen. Weitere preistreibende Faktoren sind die geplante Wiederanhebung der im Zuge der Krise in einigen Bereichen reduzierten Mehrwertsteuer sowie die ab Juli 2022 wirksame CO₂-Bepreisung. Der Höhepunkt der monatlichen Inflationsdynamik dürfte allerdings zu Jahresbeginn 2022 erreicht sein und bis zum Jahresende auf 2% abklingen. Es ist keine dauerhafte Beschleunigung der Inflation zu erwarten, da die nominellen Lohnstückkosten 2022 weitgehend stagnieren dürften und erst im Folgejahr etwas anziehen. 2023 wird die Inflationsrate voraussichtlich knapp über der Zielmarke der Europäischen Zentralbank von 2% liegen.

3.9 Entwicklung der öffentlichen Haushalte durch Pandemie und Steuerreform getrieben

Wie schon im Vorjahr ist die Entwicklung der öffentlichen Haushalte auch 2021 vor allem durch die staatlichen Programme zur Abfederung der ökonomischen Folgen der Pandemie bestimmt. Auf der Ausgabenseite spielen dabei neben den Kurzarbeitsbeihilfen die hohen Unterstützungsleistungen für betroffene Unternehmen (Fixkostenzuschuss, Ausfallsbonus, Verlustersatz) eine wesentliche Rolle. Diese wurden im Zuge des vierten Lockdown zum Teil bis ins Frühjahr 2022 verlängert. Die Subventionen tragen jedoch erheblich zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung und zur Liquiditätssicherung von Unternehmen bei und sorgen damit für eine Stabilisierung der Lohnsteuer- und Sozialversicherungseinnahmen. Die Ausgaben für die Arbeitslosigkeit fallen 2021 dennoch sehr hoch aus. Der Ausgabenanstieg wird durch den Wegfall von Einmalzahlungen, die 2020 gewährt wurden (Kinderbonus, Familienhärteausgleich, Arbeitslosengeld), etwas gebremst. Die Investitionsprämie, deren Gesamtvolumen bis 2026 auf etwa 5 Mrd. €

geschätzt wird, wird das Budget primär 2021 und 2022 belasten.

Infolge des Abbaus der Unterstützungsleistungen wird in den Jahren 2022 und 2023 mit der Rückkehr auf einen "normalen" Ausgabepfad gerechnet. Jährlich zunehmende

Mehrausgaben ergeben sich ab 2022 aus dem regionalen Klimabonus. Dieser wird im Zuge der ökosozialen Steuerreform zur Kompensation von Belastungen der privaten Haushalte durch den ab Mitte 2022 erhobenen und jährlich steigenden CO₂-Preis eingeführt.

Übersicht 9: Arbeitsmarkt

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 91,6	+ 61,4	- 76,7	+ 94,0	+ 74,0	+ 68,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 88,0	+ 58,9	- 76,1	+ 89,0	+ 70,0	+ 65,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 33,7	+ 12,3	- 53,9	+ 31,0	+ 17,0	+ 15,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 54,4	+ 46,6	- 22,2	+ 58,0	+ 53,0	+ 50,0
Selbständige ²⁾	+ 3,6	+ 2,5	- 0,6	+ 5,0	+ 4,0	+ 3,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 13,2	+ 11,4	+ 9,9	+ 11,8	+ 6,1	- 3,9
Erwerbspersonen ³⁾	+ 63,8	+ 50,6	+ 31,6	+ 17,0	+ 44,0	+ 53,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	- 27,9	- 10,8	+ 108,3	- 77,0	- 30,0	- 15,0
Personen in Schulung	- 3,4	- 6,8	- 4,9	+ 13,0	- 2,0	± 0,0
In%						
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁴⁾	5,2	4,8	6,0	6,4	4,8	4,4
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,9	6,6	8,9	7,2	6,5	6,1
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	7,7	7,4	9,9	8,0	7,2	6,8
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Erwerbspersonen ³⁾	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 2,5	+ 1,6	- 2,0	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,7
Arbeitslose (laut AMS)	- 8,2	- 3,5	+ 35,9	- 18,8	- 9,0	- 5,0
Stand in 1.000	312,1	301,3	409,6	332,6	302,6	287,6

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – 1) Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 2) Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – 3) Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – 4) Labour Force Survey.

Übersicht 10: Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	In % des BIP					
Budgetpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾	0,2	0,6	- 8,3	- 6,2	- 1,8	- 0,6
Primärsaldo des Staates	1,8	2,0	- 7,0	- 5,1	- 0,8	0,3
Staatseinnahmen	48,9	49,2	48,7	49,5	48,6	48,4
Staatsausgaben	48,7	48,6	57,1	55,8	50,4	49,1
In%						
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,6	- 0,4	0,4
Sekundärmarktrendite ²⁾	0,7	0,1	- 0,2	- 0,1	0,1	0,5

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – 1) Laut Maastricht-Definition. – 2) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Trotz einer Vielzahl steuerlicher Unterstützungsmaßnahmen (Abschreibungsbeschleunigung, Verlustverrechnung, temporäre

Senkung des Umsatzsteuersatzes in Gastronomie, Beherbergung und Kultur) kommt es aufgrund der günstigen Beschäftigungs-

entwicklung bereits 2021 wieder zu einem kräftigen Anstieg der Abgabeneinnahmen, vor allem bei direkten Steuern und Sozialbeiträgen. Die vorgesehene Entlastung der privaten Haushalte durch die Einkommensteuerreform (Reduktion der Steuersätze in der 2. und 3. Tarifstufe), die Erhöhung des Familienbonus Plus sowie die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge wird das Wachstum der Einnahmen ab 2022 dämpfen; ab 2023 verursacht die schrittweise Senkung des Körperschaftsteuersatzes Einnahmehinfortfälle. Die Zusatzeinnahmen aus der CO₂-Bepreisung dürften aufgrund von Härtefallregelungen, "Carbon Leakage"-Kompensationen und Erstattungsregelungen für die Landwirtschaft in den Jahren 2022 und 2023 eher moderat ausfallen. Mit der konjunkturellen

Erholung und dem Wegfall der Umsatzsteuerbegünstigung ab 2022 wird das Aufkommen an indirekten Steuern deutlich wachsen.

Nach einem Defizit von 8,3% des BIP im Vorjahr wird für 2021 neuerlich ein negativer gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo von 6,2% erwartet. In den Folgejahren ist aber mit einer deutlichen Verringerung des Budgetdefizits auf 1,8% (2022) bzw. 0,6% (2023) zu rechnen. Dabei trägt der anhaltende Rückgang der Zinsausgaben ebenfalls zu einer Verbesserung der Budgetposition bei. Die Staatschuldenquote erreicht 2021 mit 84,4% der Wirtschaftsleistung einen vorläufigen Höchstwert, dürfte jedoch bis 2023 auf 76,8% des BIP zurückgehen.

4. Prognoserisiken

Zu den wichtigsten Prognoserisiken zählen die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie und ein Fortbestehen von Lieferengpässen.

Die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie ist nach wie vor äußerst hoch. Das Infektionsgeschehen nahm im Herbst 2021 stärker zu als in der letzten Prognose erwartet, wodurch es zu einer neuerlichen behördlichen Einschränkung des Wirtschaftsgeschehens kam. Mit der Zunahme der Durchimpfungsrate, wozu auch die Impfpflicht maßgeblich beitragen dürfte, sinkt allerdings die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Aufkommens der Pandemie. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass neue Virusmutationen auftreten, die dem Infektionsgeschehen neuerlich Auftrieb verleihen und daher die konjunkturelle Erholung dämpfen. So ist derzeit noch unklar, inwieweit die bislang verwendeten Impfstoffe gegen die Omikron-Variante des SARS-CoV-2-Virus wirken.

Auch die Lieferengpässe und der Materialmangel könnten noch länger anhalten als in der vorliegenden Prognose unterstellt. Dadurch könnte auch der Preisdruck länger hoch bleiben als erwartet. Dies würde wiederum die Zentralbanken vor eine schwierige Aufgabe stellen, da eine Straffung der Geldpolitik nicht nur die Inflation, sondern

auch das Wirtschaftswachstum dämpfen würde. Zudem führte eine solche Straffung in den USA in der Vergangenheit zu starken Kapitalzuflüssen aus den Schwellenländern. Dies könnte in den betroffenen Ländern eine Abwertung, eine Beschleunigung der Inflation, Zahlungsausfälle bei Fremdwährungskrediten oder gar eine Rezession nach sich ziehen.

Offen bleibt auch, wie sich die Solvenz von krisengeschüttelten Unternehmen entwickeln wird, sobald die staatlichen Stützungsmaßnahmen zurückgefahren werden. Dies könnte das Volumen an notleidenden Krediten erhöhen und die Kreditvergabe der Banken einschränken.

Eine Ausweitung der Fördermengen könnte hingegen die derzeit sehr hohen Rohölpreise nachhaltig dämpfen. Dies würde den Anstieg der Verbraucherpreise reduzieren und so den Zentralbanken die Beibehaltung ihres geldpolitischen Kurses erlauben. Dies hätte wohl auch höhere Konsumausgaben zur Folge, weil das Zinsniveau für die in der Krise angesparten Guthaben so längerfristig niedrig bleibt.